

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Sigrid Leuschner und Klaus-Peter Bachmann (SPD), eingegangen am 13.09.2011

Deutschlandtreffen der Schlesier 2011 - Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den geschichtsrevisionistischen Äußerungen des Vorsitzenden und dem Auftreten der Schlesischen Jugend?

Vom 24. bis 26. Juni fand das diesjährige Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien in Hannover statt. Ministerpräsident McAllister hatte am 26. Juni die Hauptversammlung vorzeitig verlassen, als sich der Vorsitzende der Landsmannschaft Rudi Pawelka in seiner Rede fast ausschließlich mit seinen Einschätzungen zur deutsch-polnischen Geschichte beschäftigte. Er behauptete u. a., dass sich auch die Polen am Holocaust beteiligt hätten. Bereits auf den beiden vergangenen Deutschlandtreffen der Landsmannschaft der Schlesier in den Jahren 2007 und 2009 hatte Rudi Pawelka in massiver Form geschichtsrevisionistische Positionen vertreten.

Die Presse berichtete (u. a. die *FAZ* am 27. Juni 2011 unter der Überschrift „McAllister fordert Gedenktag für Vertreibungsoffer“), dass die Nachwuchsorganisation, die Schlesische Jugend, die noch 2009 das Deutschlandtreffen unterstützt hatte, von der Organisation ausgeschlossen sei. Als Grund dafür wurde angegeben, dass die Jugendorganisation in den letzten Jahren unter massiven Einfluss von Rechtsextremen geraten sei. Die Landsmannschaft Schlesien soll nach Aussagen der Landesregierung in der Plenarsitzung am 27. Mai 2011 (Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport zu Frage 16 des Abgeordneten Helge Limburg, Bündnis 90/Die Grünen) die Trennung von der Schlesischen Jugend folgendermaßen begründet haben: „Mit diesem Schritt grenzt sich die Landsmannschaft Schlesien klar von möglichen Rechtsextremisten ab. Die Landsmannschaft macht deutlich, dass sie nicht duldet, dass das Leid der deutschen Heimatvertriebenen für rechts-extremistische Zwecke instrumentalisiert wird.“

Weiterhin hatte die Landesregierung in der Beantwortung dieser Anfrage zu Frage 2 „Wie bewertet die Landesregierung die Aktivitäten der Schlesischen Jugend insbesondere im Hinblick auf deren Kooperation mit Rechtsextremisten?“ wie folgt ausgeführt:

„Die Schlesische Jugend - Landesgruppe Thüringen - sowie die von ihr dominierte Bundesgruppe sind seit Mai 2010 Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes Thüringen bzw. des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In Niedersachsen existieren keine Strukturen der Schlesischen Jugend.“

Obwohl die Schlesische Jugend vom Deutschlandtreffen ausgeschlossen war, fand laut *HAZ* vom 27. Juni 2011 ein Infostand der Schlesischen Jugend vor den Toren des hannoverschen Messegeländes statt, an dem u. a. die Zeitung *Der Schlesier* verteilt wurde.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die geschichtsrevisionistischen Positionen des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, die er auf dem diesjährigen Deutschlandtreffen und auf den vorherigen Veranstaltungen öffentlich geäußert hat?
2. Welche Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen hat nach Auffassung der Landesregierung die Verbreitung von geschichtsrevisionistischen Positionen und rechtsextremistischen Geschichtsmymen auf dem Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien, insbesondere da Ministerpräsident David McAllister in seiner Rede am 26. Juni für ein besseres Miteinander von Deutschen und Polen geworben hatte?

3. War der Infostand der Schlesischen Jugend (Bericht der HAZ vom 27. Juni 2011) Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes? Wenn ja, welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden?
4. Liegen seitens des niedersächsischen Verfassungsschutzes aktuellere Erkenntnisse über die Aktivitäten und den Organisationsgrad der Schlesischen Jugend vor? Wenn ja, welche?
5. Ist die Zeitung *Der Schlesier* weiterhin Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes, und, wenn ja, welche aktuellen Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor?
6. Welche Konsequenzen wird die Landesregierung aus ihren Erfahrungen mit dem diesjährigen Deutschlandtreffen der Landsmannschaft der Schlesier, speziell nach den Aussagen in der Rede von Herrn Pawelka, künftig ziehen?
7. Wie bewertet die Landesregierung das erneute Auftreten der Schlesischen Jugend - dies Mal zwar außerhalb des Veranstaltungsgeländes - während des diesjährigen Deutschlandtreffens?
8. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass durch die von Herrn Pawelka zum wiederholten Male öffentlich vorgetragene geschichtsrevisionistische Positionen Jugendliche animiert und gerade dazu „eingeladen“ werden, die Schlesische Jugend zu unterstützen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 28.09.2011 - II/72 - 1128)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 45.1 Az: 47317-1 -

Hannover, den 22.11.2011

Niedersachsen und die Schlesier sind durch die Patenschaft des Landes mit der Landsmannschaft Schlesien seit mehr als 60 Jahren eng miteinander verbunden. Erst im vergangenen Jahr wurde das 60-jährige Patenschaftsjubiläum mit einem Symposium und einem Festakt in Hannover gefeiert. Auch dabei hat sich bestätigt, dass die vertriebenen Schlesier Brückenbauer zwischen Deutschen und Polen sind. Das Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover stand in diesem Jahr unter dem Motto „Für Schlesiens Zukunft“. Mehrere zehntausend Schlesier hatten daraufhin am 25. und 26. Juni 2011 den Weg nach Hannover angetreten, um sich mit anderen Landsleuten zu treffen und auszutauschen.

Flucht und Vertreibung sind Teil unserer deutschen Geschichte - verbunden mit unermesslichem Leid und dem Verlust der Heimat. Sie sind aber auch verbunden mit der Erinnerung an Menschen, die mit ihrem Mut und ihrer Kraft zum Wiederaufbau Deutschlands und zum Wirtschaftswunder beigetragen haben. Nahezu jeder zweite Niedersachse hat seine familiären Wurzeln in einer Familie, die nach dem Krieg vertrieben wurde. Ohne die Vertriebenen wäre Niedersachsen heute nicht das, was es ist.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die Rede des derzeitigen Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien führte nicht nur in der Öffentlichkeit zu Irritationen. Die Niedersächsische Landesregierung hat von Bürgern und insbesondere von Vertriebenen zahlreiche Briefe erhalten, die sich mit dem Inhalt dieser Rede sehr kritisch auseinandersetzen. Angesichts des millionenfachen Leids, das durch Deutschland in Europa verursacht wurde, teilt die Landesregierung insbesondere nicht die Aussagen des Bundesvorsitzenden zu einer Beteiligung Polens am Holocaust und die Forderung nach einer Entschuldigung.

Von dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien wird eine zukunftsorientierte Rede mit einem Grundtenor von Ausgleich und Verständigung erwartet.

Die Aufarbeitung von Schuldfragen kann 66 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs nicht mehr zentrale Fragestellung sein und schon gar nicht darf dadurch die deutsche Schuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges und des millionenfachen Mordens in Frage gestellt werden.

Zu 2:

Viele heimatvertriebene Schlesier engagieren sich heute in Schlesien für den Erhalt und die Weiterentwicklung ihrer alten Dörfer und Städte. Sie sind gern gesehene Gäste in ihrer alten Heimat. Beide Seiten vereint heute das gemeinsame Interesse, das historische Erbe Schlesiens zu erhalten und die weitere Entwicklung des Landes voranzubringen. Die Heimatvertriebenen leisten durch ihr Engagement wichtige Beiträge für die deutsch-polnische Völkerverständigung. Die Niedersächsische Landesregierung pflegt mit ihren Partnerregionen in Polen - Niederschlesien und Großpolen - seit Jahren erfolgreiche Kontakte. Mit unseren polnischen Nachbarn führen wir seit Jahren gemeinsame Projekte durch: Ob im Bereich der Wirtschaft, der Justiz oder der Kultur. Auch der Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen, der abwechselnd in Niedersachsen und Niederschlesien verliehen wird, trägt als „Brückenpreis“ zur Völkerbindung bei. Die Landesregierung hat sich die Aufgabe gestellt, die Deutsche Minderheit in Schlesien zu unterstützen. Drei konkrete Projekte sind geplant: Die Universität Osnabrück wird mit der Universität Oppeln ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Zweisprachigkeit in der frühkindlichen Bildung durchführen. Weitere Projekte dienen der Förderung der Zweisprachigkeit in der Erwachsenenbildung und dem Austausch von Auszubildenden als Erzieherinnen und Erzieher in Kindergärten. Aufgrund dieser vielfältigen Kontakte ist das deutsch-polnische Verhältnis und insbesondere das Verhältnis zwischen Niedersachsen und Niederschlesien und Großpolen nicht beeinträchtigt.

Zu 3:

Nach Erkenntnissen der niedersächsischen Sicherheitsbehörden betrieb die Organisation „Schlesische Jugend Bundesgruppe e. V.“ am 25. und 26.06.2011 in Hannover im Bereich der Messe einen Informationsstand. Die Zeitung *Der Schlesier* wurde zur Mitnahme ausgelegt. Die Erlaubnis zur Durchführung des Informationsstandes wurde durch die Landeshauptstadt Hannover gemäß § 18 des Niedersächsischen Straßengesetzes i. V. m. § 4 der Sondernutzungssatzung der Landeshauptstadt Hannover erteilt. Der Informationsstand wurde von bis zu zehn Mitgliedern der „Schlesischen Jugend“ betrieben. Es kam zu keinerlei Störungen.

Zu 4:

Der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Eine niedersächsische Landesgruppe der Schlesischen Jugend existiert nach wie vor nicht.

Zu 5:

Die Zeitung *Der Schlesier* ist weiterhin ein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird von dem Verlag „Der Schlesier“ herausgegeben, der seit Ende 2010 zum Verlagskonsortium des Rechtsextremisten Dietmar Munier gehört. In der Zeitung, die auch in Niedersachsen vertrieben wird, werden geschichts- und gebietsrevisionistische Inhalte publiziert.

Zu 6:

Das nächste Deutschlandtreffen der Schlesier wird voraussichtlich im Juni 2013 in Hannover stattfinden. Bis dahin wird die Niedersächsische Landesregierung die Entwicklung an der Spitze der Landsmannschaft Schlesien sowie die Aussagen des amtierenden Bundesvorsitzenden genau beobachten. Nach wie vor gibt es Gespräche mit dem Vorstand der Landsmannschaft und auch der Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler steht im Gespräch mit führenden Verbandsvertretern. Über eine mögliche Bezuschussung des nächsten Deutschlandtreffens durch das Land wird erst wenige Monate vor Beginn der Veranstaltung nach einer Prüfung entschieden.

Zu 7:

Mit Schreiben vom 22.06.2011 hatte die Schlesische Jugend Bundesgruppe e. V. für den 25. und 26.06.2011 stationäre Kundgebungen an der Stadtbahnstation „Messe-Nord“ zum Thema „Information über die Schlesische Jugend“ angezeigt. Die schlesische Jugend kann als nicht verbotene Vereinigung den Schutz der Versammlungsfreiheit aus Artikel 8 des Grundgesetzes für sich in Anspruch nehmen. Die von ihr durchgeführten Versammlungen können daher nur dann verboten werden, wenn unmittelbare Gefahren für die öffentliche Sicherheit drohen und wenn diesen Gefahren nicht bereits mit beschränkenden Verfügungen begegnet werden kann. Da keine Erkenntnisse für die Annahme entsprechender Gefahren für die öffentliche Sicherheit vorlagen, hatte die Polizeidirektion Hannover mit Bescheid vom 24.06.2011 die Durchführung der Kundgebungen unter Anordnung beschränkender Verfügungen bestätigt.

Zu 8:

Dem Niedersächsischen Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob die besagten Aussagen des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien innerhalb der rechtsextremistischen Szene thematisiert worden sind.

Uwe Schünemann